

Antragsbuch

Bezirksparteitag
Piratenpartei Niederbayern
am 04.11.2012

Gaststätte Bischofshof
Bahnhofstr. 13
94447 Plattling

Stand: 03.11.2012

Inhaltsverzeichnis:

Tagesordnung.....	3
Programmanträge.....	4
Live Streaming des niederbayerischen Bezirkstag.....	4
Mehr direkte Demokratie in Bayern: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auch auf Bezirksebene.....	5
Transparenz auf Bezirksebene.....	6
Transparenz auf Bezirksebene.....	7
Tranparenz bei der Vergabe und Auftragserteilung nach VOF und VOL durch den Bezirkstag Niederbayern:	8
Aktive Bewerbung der Informationsangebote im Sinne der Transparenz auf Bezirksebene.....	9
Menschenwürdige Unterbringung und Behandlung von Asylbewerbern	10
Transparenter Bezirk	11
Bürgerbegehren und Bürgerentscheide	12
Wahlrecht für EU-Bürger bei Wahlen des Bezirkstages.....	13
Grundsätze der Pflege.....	14
Drogen-/Suchtpolitische Grundsätze	15
Grundsatzposition zum Naturschutz im Bezirk Niederbayern	16
Umstellung auf die Doppelte Buchführung auf Bezirksebene	17
Bekenntnis zur Stärkung des Bezirkstages und seiner Bedeutung in kultureller und föderaler Hinsicht.....	18
Modernisierung der technischen Infrastruktur des Behördenfunks	19
Donauausbau, Befürwortung Variante A	20
Donauausbau - Ablehnung jeglicher verändernder Eingriffe.....	21
Donauausbau - Befürwortung Variante C 280.....	22
Donauausbau - Vernetzt begründete Position.....	23
Satzungsänderungsanträge.....	24
Satzungsänderungsantrag: Abwahlen und Nachwahlen von Vorstandsmitgliedern.....	24
Satzungsänderungsantrag Gliederungsgründung mit Zustimmung des BzV	25
SÄA zur Ermöglichung von landkreisübergreifenden Kreisverbänden.....	26
Sonstige Anträge	27
Antrag auf öffentliche Kandidatenvorstellung und -befragung für Vorstandsämter auf Bezirksebene.....	27
Mögliche Moderation der niederbayerischen Mailinglisten und Förderung eines sachlichen Umgangs.....	28

Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, Feststellung Formalia
2. Wahl eines Versammlungs- und Wahlleiters, Wahlhelfer und Protokollführer
3. Zulassung von Gästen, Rederecht von Gästen, Streaming, Speicherung und Aufnahmen von bzw. auf dem BzPT
4. Verabschiedung einer Geschäftsordnung
5. Satzungsänderungsanträge, soweit sie den Vorstand betreffen
6. (Ab-) Wahlen
 1. Abwahl des Stellvertretenden Vorsitzenden
 2. Neuwahl des Stellvertretenden Vorsitzenden
 3. Nachwahl von durch Rücktritt freigewordenen Vorstandsämtern
7. Satzungsänderungsanträge
8. Programmanträge, Positionspapiere und sonstige Anträge
9. Wahlkampfstrategie WiPaDa, Vorstellung durch Flo, Diskussion und Beschlussfassung
10. Politischer Aschermittwoch in Straubing, Vorstellung und Beschlussfassung
11. Sonstiges, Wünsche und Anträge

Programmanträge

Antragsnummer: <i>PA001</i>	eingereicht am: <i>19.10.12</i>	eingereicht von: <i>Mecker</i>
Antragstitel: Live Streaming des niederbayerischen Bezirkstag		Antragsgruppe: <i>Transparenz</i>
Antragstext: Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zum Streaming aus den Bezirkstagssitzungen mit folgender Aussage stattfindet: Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich für Livestreaming auch aus dem Bezirkstag und den dazugehörigen Ausschüssen (Bezirksausschuss, Ausschuss für Kultur-, Jugend- und Sportförderung, Sozialhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Wahlprüfungsausschuss) aus. Hiermit soll ein transparenter, gleicher und niedrigschwelliger Zugang zu Informationen für jeden Bürger gewährleistet sein.		
Antragsbegründung: Dies ist als Positionspapier anzusehen. Die Gründe pro Streaming stellen sich prägnant dar: <ul style="list-style-type: none">• Möglichkeit den Bezirkstag live zu verfolgen trotz Handicap (körperliche oder geistige Benachteiligung, Beruf, Anreise usw.)• Protokolle werden meist als Ergebnisprotokoll geführt, der Weg der Entscheidungsfindung ist schwer bis gar nicht nachvollziehbar. Siehe http://www.bezirk-niederbayern.de/default.asp?pid=5038&mid=45189• Transparenz und Bürgerbeteiligung ist ein Kernthema der Piratenpartei, dies sollte durch Forderung nach Streaming unterstrichen werden• Näherbringen der Kompetenzen des Bezirkstag durch niedrigschwelligen Zugang zu Informationen für jeden Bürger• Sensibilisierung und Bekanntmachung für Bürger des Tätigkeitsfelds des Bezirkstag		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Antragsnummer:	PA004	eingereicht am:	22.10.12	eingereicht von:	Kai1705
Antragstitel:				Antragsgruppe: Verwaltung	
Mehr direkte Demokratie in Bayern: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auch auf Bezirksebene					
Antragstext:					
<p>Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zum Thema "mehr direkte Demokratie auch auf Bezirksebene" mit folgender Aussage stattfindet:</p> <p>Die Piratenpartei Niederbayern setzt sich mehr direkte Demokratie in Bayern auch auf Bezirksebene ein. Insbesondere sollen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Bezirksebene ermöglicht werden.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Bayern Instrumente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene. Damit können Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises einer Gemeinde oder eines Landkreises von den Gemeinde- bzw. Kreisbürgern selbst beschlossen werden.</p> <p>Anders als die Volksgesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene, waren kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Bayerischen Verfassung zunächst nicht vorgesehen. Diese Verfahren wurden erst 1995 selbst im Wege der direkten Demokratie eingeführt. Dazu war das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Bayern: Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" auch im Volksentscheid erfolgreich, durch welches diese Instrumente in die Bayerische Verfassung sowie in die bayerische Gemeindeordnung und Landkreisordnung eingeführt wurde.</p> <p>Auf Bezirksebene hingegen sind diese Instrumente nicht möglich. Es empfiehlt sich daher eine Positionierung auch im Bezirk zum Thema "Mehr direkte Demokratie in Bayern".</p>					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:					

Antragsnummer: <i>PA005</i>	eingereicht am: <i>25.10.12</i>	eingereicht von: <i>Otto Pittner, Flusspiratin, DafLOh, Mecker</i>
Antragstitel: Transparenz auf Bezirksebene		Antragsgruppe: <i>Transparenz</i>

Antragstext:

Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zum Thema "Transparenz auf Bezirksebene" mit folgender Aussage stattfindet:

Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich für Livestreaming sowohl aus dem Bezirkstag wie den dazugehörigen Ausschüssen (Bezirksausschuss, Ausschuss für Kultur-, Jugend- und Sportförderung, Sozialhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Wahlprüfungsausschuss) aus. Dadurch soll ein transparenter, gleicher und niedrigschwelliger Zugang zu Informationen für jeden Bürger gewährleistet sein. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind Kernthemen der Piratenpartei, diese sollten durch diese Forderung explizit unterstrichen werden. Wir Piraten fordern, dass die Sitzungen unseres Bezirkstages im Videoformat aufgezeichnet und nachträglich im Internet veröffentlicht werden.

Wir Piraten fordern, dass die Vergaben und Erteilungen von Aufträgen nach VOF und VOL nicht mehr in nicht öffentlichen Sitzungen behandelt werden. (Siehe Geschäftsordnung Bezirkstag Niederbayern §9 Absatz 3)

Antragsbegründung:

Livestream und Aufzeichnung der öffentlichen Sitzungen des Bezirkstags und Veröffentlichung derselben im Internet

Der mündige Bürger hat naturgemäß nicht nur großes Interesse an politischen Entscheidungen, sondern auch das Recht zu erfahren, wie diese zustande kommen. Der Livestream einer Sitzung und die anschließende Veröffentlichung würden Vorgänge nicht nur transparent machen, sondern sogar ermöglichen Politik live von zu Hause aus zu erleben. Somit würde physische Anwesenheit unnötig und gelebte Inklusion realisierbar.

Siehe
§ 8 Öffentliche Sitzungen
(1) Zu den öffentlichen Sitzungen des Bezirkstages hat jedermann nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Plätze Zutritt (Art. 43 Abs. 2 BezO) .
(2) Für die Medien ist stets die erforderliche Zahl von Plätzen freizuhalten. Auf Verlangen des Vorsitzenden haben sich die Medienmitarbeiter als solche auszuweisen. 6
(3) Zuhörer, die den Verlauf der Sitzung stören, können durch den Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 44 Abs. 1 BezO). Hierbei anfallende Kosten sowie der Organisationsaufwand sind überschaubar und durch die Gewährleistung eines Elementarrechts in einem demokratischen Rechtsstaat in jedem Fall gerechtfertigt. Die Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsmitarbeiter, können durch vorherige Abfrage, ob sie mit der Übertragung und Speicherung ihrer Beiträge einverstanden sind, gewahrt werden.

Transparenz bei der Vergabe und Auftragserteilung nach VOF und VOL durch den Bezirkstag Niederbayern

Es ist völlig inakzeptabel, dass die Vergabe von steuerfinanzierten Aufträgen nicht öffentlich behandelt wird. Auch hier gilt: Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsmitarbeiter, können durch vorherige Abfrage, ob sie mit der Übertragung und Speicherung ihrer Beiträge einverstanden sind, gewahrt werden.

Siehe
§ 9 Gegenstände, die der nichtöffentlichen Sitzung vorbehalten sind
(1) In nichtöffentlichen Sitzungen werden grundsätzlich behandelt:
1. Personalangelegenheiten
2. Grundstücksangelegenheiten des Bezirks
3. Aufträge und Vergaben nach VOF und VOL
4. Angelegenheiten, deren nichtöffentliche Behandlung durch Gesetz vorgeschrieben oder von den zuständigen Staatsbehörden angeordnet ist.
5. Sonstige Angelegenheiten, bei denen dies aus Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit oder wegen berechtigter Ansprüche Einzelner erforderlich ist.
(2) Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. Eine Beschlussfassung ist nicht notwendig, wenn sich die Mitglieder des Bezirkstags auf die Behandlung des Tagesordnungspunktes einlassen, der in der Sitzungseinladung im nichtöffentlichen Teil aufgenommen war. - Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich für Livestreaming sowohl aus dem Bezirkstag wie den dazugehörigen Ausschüssen (Bezirksausschuss, Ausschuss für Kultur-, Jugend- und Sportförderung, Sozialhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Wahlprüfungsausschuss) aus. Hiermit soll ein transparenter, gleicher und niedrigschwelliger Zugang zu Informationen für jeden Bürger gewährleistet sein.

Weitere Vorteile sind die dadurch stattfindende Sensibilisierung für Themen und der für jeden Bürger mögliche Überblick über die Tätigkeitsfelder des Bezirkstags. Diese umfassen in erster Linie: - Bildung (Fachschulen) - Krankenpflege / Altenpflege / Soziales / Jugendförderung Die Piratenpartei fordert Transparenz in Hinsicht auf Entscheidungskriterien bzgl. der Verteilung von Geldern, z.B. für Bezirkskliniken, gilt aber des Weiteren in allen sozialen Bereichen. Aufnahme der Sitzungen, bzw. Livestreams sind unserer Ansicht nach notwendig, da hier auch mit Ergebnisprotokollen gearbeitet wird, durch welche man Entscheidungsprozesse strukturiert nachvollziehen kann. Dies würde sich auch auf aktivere Pressearbeit positiv auswirken.

Entscheidung: ☐ Stimme zu ☐ Lehne ab ☐ Unentschieden

Notizen:

Antragsnummer: <i>PA006</i>	eingereicht am: <i>25.10.12</i>	eingereicht von: <i>Otto Pittner, Flusspiratin, DafLOh, Mecker</i>
Antragstitel: Transparenz auf Bezirksebene		Antragsgruppe: <i>Transparenz</i>
<p>Antragstext:</p> <p>Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zum Thema "Transparenz auf Bezirksebene" mit folgender Aussage stattfindet:</p> <p>Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich für Livestreaming sowohl aus dem Bezirkstag wie den dazugehörigen Ausschüssen (Bezirksausschuss, Ausschuss für Kultur-, Jugend- und Sportförderung, Sozialhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Wahlprüfungsausschuss) aus. Dadurch soll ein transparenter, gleicher und niedrigschwelliger Zugang zu Informationen für jeden Bürger gewährleistet sein. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind Kernthemen der Piratenpartei, diese sollten durch diese Forderung explizit unterstrichen werden. Wir Piraten fordern, dass die Sitzungen unseres Bezirkstages im Videoformat aufgezeichnet und nachträglich im Internet veröffentlicht werden.</p>		
<p>Antragsbegründung:</p> <p>Der mündige Bürger hat naturgemäß nicht nur großes Interesse an politischen Entscheidungen, sondern auch das Recht zu erfahren, wie diese zustande kommen. Der Livestream einer Sitzung und die anschließende Veröffentlichung würden Vorgänge nicht nur transparent machen, sondern sogar ermöglichen Politik live von zu Hause aus zu erleben. Somit würde physische Anwesenheit unnötig und gelebte Inklusion realisierbar.</p> <p>Siehe § 8 Öffentliche Sitzungen</p> <p>(1) Zu den öffentlichen Sitzungen des Bezirkstages hat jedermann nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Plätze Zutritt (Art. 43 Abs. 2 BezO) .</p> <p>(2) Für die Medien ist stets die erforderliche Zahl von Plätzen freizuhalten. Auf Verlangen des Vorsitzenden haben sich die Medienmitarbeiter als solche auszuweisen. 6</p> <p>(3) Zuhörer, die den Verlauf der Sitzung stören, können durch den Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 44 Abs. 1 BezO).</p> <p>Hierbei anfallende Kosten sowie der Organisationsaufwand sind überschaubar und durch die Gewährleistung eines Elementarrechts in einem demokratischen Rechtsstaat in jedem Fall gerechtfertigt. Die Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsmitarbeiter, können durch vorherige Abfrage, ob sie mit der Übertragung und Speicherung ihrer Beiträge einverstanden sind, gewahrt werden.</p>		
<p>Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen</p> <p>Notizen:</p>		

Antragsnummer:	PA007	eingereicht am:	25.10.12	eingereicht von:	Otto Pittner, Flusspiratin, DafLOh, Mecker
Antragstitel:				Antragsgruppe: Transparenz	
Transparenz bei der Vergabe und Auftragserteilung nach VOF und VOL durch den Bezirkstag Niederbayern:					
Antragstext: Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zum Thema "Transparenz bei der Vergabe und Auftragserteilung nach VOF und VOL durch den Bezirkstag Niederbayern" mit folgender Aussage stattfindet: Wir Piraten fordern, dass die Vergaben und Erteilungen von Aufträgen nach VOF und VOL nicht mehr in nicht öffentlichen Sitzungen behandelt werden. (Siehe Geschäftsordnung Bezirkstag Niederbayern §9 Absatz 3)					
Antragsbegründung: Es ist völlig inakzeptabel, dass die Vergabe von steuerfinanzierten Aufträgen nicht öffentlich behandelt wird. Auch hier gilt: Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsmitarbeiter, können durch vorherige Abfrage, ob sie mit der Übertragung und Speicherung ihrer Beiträge einverstanden sind, gewahrt werden. Siehe § 9 Gegenstände, die der nichtöffentlichen Sitzung vorbehalten sind (1) In nichtöffentlichen Sitzungen werden grundsätzlich behandelt: 1. Personalangelegenheiten 2. Grundstücksangelegenheiten des Bezirks 3. Aufträge und Vergaben nach VOF und VOL 4. Angelegenheiten, deren nichtöffentliche Behandlung durch Gesetz vorgeschrieben oder von den zuständigen Staatsbehörden angeordnet ist. 5. Sonstige Angelegenheiten, bei denen dies aus Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit oder wegen berechtigter Ansprüche Einzelner erforderlich ist. (2) Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. Eine Beschlussfassung ist nicht notwendig, wenn sich die Mitglieder des Bezirkstags auf die Behandlung des Tagesordnungspunktes einlassen, der in der Sitzungseinladung im nichtöffentlichen Teil aufgenommen war. - Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich für Livestreaming sowohl aus dem Bezirkstag wie den dazugehörigen Ausschüssen (Bezirksausschuss, Ausschuss für Kultur-, Jugend- und Sportförderung, Sozialhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Wahlprüfungsausschuss) aus. Hiermit soll ein transparenter, gleicher und niedrigschwelliger Zugang zu Informationen für jeden Bürger gewährleistet sein. Weitere Vorteile sind die dadurch stattfindende Sensibilisierung für Themen und der für jeden Bürger mögliche Überblick über die Tätigkeitsfelder des Bezirkstags. Diese umfassen in erster Linie: - Bildung (Fachschulen) - Krankenpflege / Altenpflege / Soziales / Jugendförderung Die Piratenpartei fordert Transparenz in Hinsicht auf Entscheidungskriterien bzgl. der Verteilung von Geldern, z.B. für Bezirkskliniken, gilt aber des Weiteren in allen sozialen Bereichen. Aufnahme der Sitzungen, bzw. Livestreams sind unserer Ansicht nach notwendig, da hier auch mit Ergebnisprotokollen gearbeitet wird, durch welche man Entscheidungsprozesse strukturiert nachvollziehen kann. Dies würde sich auch auf aktivere Pressearbeit positiv auswirken					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschieden					
Notizen:					

Antragsnummer:	PA009	eingereicht am:	27.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel:				Antragsgruppe:	
Aktive Bewerbung der Informationsangebote im Sinne der Transparenz auf Bezirksebene				Transparenz	
Antragstext:					
<p>Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zu Informationsmöglichkeiten im Sinne der Transparenz auf Bezirkstagebene mit folgender Aussage stattfindet:</p> <p>Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich dafür aus, dass Informationsangebote des Bezirkstages (Livestreams, Mitschnitte, Protokolle, etc.) im Sinne der Transparenz aktiv beworben werden sollen. Hierzu können Zeitungsanzeigen, Werbebanner, Radiowerbung, TV-Werbespots und dergleichen Anwendung finden. Eine Zusammenführung aller Angebote in übersichtlicher Form soll erfolgen. Der Zugang zu diesen Informationen ist uneingeschränkt und kostenfrei zu gewährleisten. Auf die Barrierefreiheit soll geachtet werden.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>Die Informationsangebote des Bezirkstages sind bislang unzureichend und müssen darüberhinaus herausgestellt werden, um eine Breitenwirkung zu ermöglichen.</p>					
<p>Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen</p> <p>Notizen:</p>					

Antragsnummer:	PA010	eingereicht am:	28.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel:				Antragsgruppe:	
Menschenwürdige Unterbringung und Behandlung von Asylbewerbern				Asyl	
Antragstext:					
<p>Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zur menschenwürdigen Unterbringung und Behandlung von Asylbewerbern mit folgender Aussage stattfindet:</p> <p>Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich dafür aus, dass der Bezirk Niederbayern seiner Verantwortung zur Sicherstellung einer menschenwürdigen Unterbringung und Behandlung von Asylbewerbern nachkommt und sich dieser nicht durch Kompetenzverschiebung auf die Landkreise und kreisfreien Städte entzieht. Insofern Landkreise und kreisfreie Städte mit der Unterbringung und Verpflegung von Asylbewerbern betraut werden ist eine Sicherstellung und Einhaltung von Mindeststandards, wie beispielsweise durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert, zu gewährleisten. Hierzu zählen u. A. akzeptable Unterkünfte, die Möglichkeit am Sozialen Leben teilzuhaben, eine qualitativ und quantitativ ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln sowie die Berücksichtigung kultureller und religiöser Konfliktpotentiale.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>Der Bezirk Niederbayern verpflichtet Landkreise und kreisfreie Städte für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern zu sorgen. Hierbei muss sichergestellt werden, dass Mindeststandards gewahrt bleiben.</p> <p>s.http://www.idowa.de/lokales/straubinger-tagblatt/artikel/2012/10/26/bald-kommen-erste-asylbewerber.html "Wegen der steigenden Asylbewerberzahl müssen in Niederbayern bis zum Ende dieses Jahres etwa 280 Menschen untergebracht werden, ... In Niederbayern wurden zusätzlich noch die Landratsämter Kelheim, Dingolfing-Landau, Straubing-Bogen, Regen und Passau in die Pflicht genommen, in Eigenverantwortung für Unterkünfte zu sorgen."</p>					
<p>Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen</p> <p>Notizen:</p>					

Antragsnummer: <i>PA012</i>	eingereicht am: <i>28.10.12</i>	eingereicht von: <i>DafLOh</i>
Antragstitel: Transparenter Bezirk		Antragsgruppe: <i>Transparenz</i>
Antragstext: Es wird beantragt folgenden Programmpunkt in das Programm zur Bezirkswahl aufzunehmen: Präambel Transparente Politik wird im digitalen Zeitalter immer kostengünstiger und wichtiger. Die Menschen sind es immer mehr gewohnt, Informationen digital und durch Suchmaschinen auffindbar zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dies ermöglicht ein bisher ungeahntes Verstehen von politischen Prozessen durch den Bürger, was seine Teilhabemöglichkeiten stark erhöht. Transparenter Bezirkstag Politische Prozesse – auch auf Bezirksebene – sollten unserer Ansicht nach möglichst öffentlich, nachvollziehbar und zeitpunktunabhängig dem Bürger offen stehen. Hierfür fordern wir die Sitzungen des Bezirkstages, die nicht personenbezogene Daten betreffen, nicht nur öffentlich abzuhalten, sondern in Ton und Bild aufzuzeichnen und im Internet zu veröffentlichen. Wir sehen hier das Informationsrecht der Öffentlichkeit höher gewichtet als die Persönlichkeitsrechte der Mandatsträger während der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in den politischen Gremien. Des Weiteren sollen alle Anträge und Informationsmaterialien, die den Mitgliedern des Bezirkstages zur Verfügung gestellt werden, im Internet angemessen veröffentlicht werden. Dies gilt ebenfalls für das Abstimmverhalten der einzelnen Räte. Uns ist bewusst, dass diese Informationen sich bisher nicht in den Protokollen finden, wir sind aber der festen Überzeugung, dass dies für viele Bürger bei ihren zukünftigen Wahlentscheidungen eine Rolle spielen würde. Das Bezirksrecht ist über das Internetangebot des Bezirks vollständig zugänglich zu machen. Bürgerbeteiligung Die Piratenpartei Niederbayern setzt sich dafür ein, dass Bürger an politischen Entscheidungen im Bezirk weitestgehend beteiligt werden, z.B. über <ul style="list-style-type: none"> • frühzeitige Veröffentlichung von politischen Projekten und Plänen • Einrichtung und Nutzung digitaler Bürgerbeteiligungssoftware (Digitale Liquid Democracy Petitionssysteme) • Bürgerversammlungen zur Diskussion aktueller politischer Probleme auf Bezirksebene • Förderung von Bürgerjournalismus als kultureller Aufgabe • Förderung des Ehrenamts 		
Antragsbegründung: Diese Punkte ergeben sich fast zwangsläufig aus dem Bundesprogramm. Der Antrag ist aus Franken bzw. Oberpfalz (Umrath / s.https://wiki.piratenpartei.de/BzPT_Oberpfalz_2012-10-28#P01:_Transparenter_Bezirk) kopiert.		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Antragsnummer: <i>PA013</i>	eingereicht am: <i>28.10.12</i>	eingereicht von: <i>DafLOh</i>
Antragstitel: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide		Antragsgruppe: <i>Bürgerbeteiligung</i>
Antragstext: Die Piratenpartei Niederbayern setzt sich dafür ein, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Bezirksebene zu ermöglichen.		
Antragsbegründung: In Bayern wurden seit 1995 weit über 1300 Bürgerbegehren durchgeführt. Bayern ist damit Vorreiter der direkten Demokratie in Deutschland und Beweis, dass Bürger mündig sind, zu den meisten Fragen auch direkt abstimmen zu können. Dies ist auch auf Bezirksebene anzustreben. Der Antrag wurde aus Oberbayern bzw. Oberpfalz (s. https://wiki.piratenpartei.de/BzPT_Oberpfalz_2012-10-28#P02:_B.C3.BCgerbegehren_und_B.C3.BCgerentscheide) übernommen.		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Antragsnummer:	PA014	eingereicht am:	28.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel:				Antragsgruppe:	
Wahlrecht für EU-Bürger bei Wahlen des Bezirkstages				Demokratie	
Antragstext:					
<p>Die Piratenpartei Niederbayern setzt sich dafür ein, dass, wie bei anderen Kommunalwahlen auch, zu den Wahlen der Bezirkstage den hier lebenden EU-Ausländern das Wahlrecht zu gewähren ist. Sofern der Bezirkstagspräsident direkt gewählt werden kann, gilt dies natürlich auch für dessen Wahl.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>"Das Wahlrecht für EU-Bürger wurde mit den Vertrag von Maastricht Art. 22 geregelt. Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 Bezirkswahlgesetz (BezWG) i. V. m. Artikel 22 Landeswahlgesetz (LWG) verweisen hinsichtlich des passiven Wahlrechts auf die Regelungen zum aktiven Wahlrecht in Artikel 1 LWG; das schließt EU-Bürger bei den Bezirkswahlen aus." s. https://bezirkspolitik-obb.piratenpad.de/10</p> <p>Der Antrag wurde aus Oberbayern übernommen.</p>					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen					
Notizen:					

Antragsnummer:	PA015	eingereicht am:	28.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel: Grundsätze der Pflege				Antragsgruppe: Senioren	
Antragstext: <p>Die Piratenpartei Niederbayern sieht in dem notwendigerweise steten Auf- und Ausbau eines flächendeckenden und zukunftsfähigen Angebotes von leistungsfähigen und bedarfsgerechten ambulanten und stationären Einrichtungen der Pflege eine der großen Herausforderungen für den Bezirk. Ziel muss auch hier die Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der pflegebedürftigen Menschen sein. Gute Pflege ist mehr als "satt und sauber", gute Pflege bedeutet auch Teilhabe am öffentlichen Leben. Die Einweisung in ein Pflegeheim darf keine selbstverständliche Sackgasse sein. Deshalb sind Bestrebungen zu begrüßen, die mit integrativen und innovativen Ansätzen die Heimbewohner wieder so selbstständig werden lassen, dass auch eine gesicherte Pflege mit ambulanten Versorgungsstrukturen nach einer Lebenslernphase wieder selbstbestimmt genutzt werden kann und/oder Familienpflege oder Pflegenetzwerke genutzt werden können. Modelle, die einen solchen Wechsel bei sozialpädagogischer Begleitung "auf Probe" ermöglichen, werden dabei als besonders zielführend begrüßt. Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung bedeuten aber auch, dass auch die ergänzende Nutzung palliativer Versorgungsstrukturen wieder in die Entscheidung der Betroffenen zurückkehren muss.</p> <p>Der Bezirk muss bei der Genehmigung neuer Pflegesätze deshalb, neben einer kontinuierlichen Qualitätskontrolle des Angebotes (Umfang und Ausstattung sowie Qualität der Personalbesetzung) und einer transparenten Kalkulation, auch sowohl die aktivierenden wie die erhaltenen Ziele der Pflege und deren Erreichung kontrollieren. Bei Schlechtleistung muss der Bezirk von seinem Recht der Rückforderung von Zuschüssen aktiv Gebrauch machen. Zugleich stellt die Erhebung solcher Daten eine gute Grundlage für die Bezirke dar, durch unabhängige Beratung in Pflegestützpunkten die nötige Transparenz in dieser komplexen Marktsituation für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen deutlich zu verbessern. Dieser Informationsgewinnung dienen im übrigen auch ein professionelles Beschwerdemanagement in der Beschwerdestelle und wissenschaftlich begleitete Studien im Case Management.</p> <p>Aber auch der Freistaat muss aufgefordert bleiben, über eine ständige Überprüfung der Finanzausgleichsmittel, den Bezirken die notwendig gewordenen Pflegekosten zur Verfügung zu stellen.</p>					
Antragsbegründung: <p>Antrag wurde aus Oberbayern übernommen. Siehe: https://wiki.piratenpartei.de/BY:Bezirksverband_Oberbayern/AG_Bezirkspolitik/Inhalte/Pflege</p>					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen					
Notizen:					

Antragsnummer:	PA016	eingereicht am:	28.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel: Drogen-/Suchtpolitische Grundsätze				Antragsgruppe: Gesundheit	
Antragstext: <p>Die Piratenpartei Niederbayern sieht in der auf absolute Drogenabstinenz aufgebauten Politik sowohl der Staatsregierung als auch der Mehrheit des Bezirkstages einen nur ideologisch erklärbaren Grund für das Fehlen einer vernünftigen Suchtpolitik in Niederbayern. Dies gilt um so mehr als diese Nikotinsucht, aber insbesondere auch die gefährliche Droge Alkohol sowie die Medikamentenabhängigkeit nur unangemessen miteinbezieht. Eine zeitgemäße Drogenpolitik wendet sich gegen den Missbrauch von Suchtmitteln, nicht aber gegen die Abhängigen.</p> <p>Höchste Priorität besitzt dabei die Suchtprävention. Die Piratenpartei Niederbayern sieht es als angemessen an, wenn der Bezirk hierbei eine Federführung übernimmt, die die Suchtarbeit der Landkreise und Städte verzahnt und ihre Arbeit koordiniert.</p> <p>Suchtkranke Menschen bedürfen der konkreten Unterstützung. Im Falle der Suchtkrise sind das Entzugs- und Entgiftungsplätze sowie flächendeckend gemeindenaher Therapieeinrichtungen einschließlich der Methadonsubstitution und der kontrollierten Heroinabgabe, nicht selten auch Überlebensangebote. Der politische Mut gebietet, dass diese Einrichtungen am Ort des Bedarfs zur Verfügung gestellt werden, im Zweifelsfall also auch innerstädtisch - und nicht auf eine möglichst geringe Anwohnerzahl "optimiert" werden.</p> <p>Ohne ambulante Vor- und Nachsorge für ein solches Therapieangebot sind diese aber letztlich sinnlos. Die Nachsorge für Suchtabhängige benötigt psychosoziale Begleitung, im Idealfall bei den Suchtberatungsstellen, Rückzugsräume, Wohngemeinschaften und Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Auch diese sind Aufgabenfelder des Bezirkes, die er mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung entweder anbieten oder zumindest begleiten muss.</p>					
Antragsbegründung: <p>Antrag wurde von Oberbayern übernommen. Siehe: https://wiki.piratenpartei.de/BY:Bezirksverband_Oberbayern/AG_Bezirkspolitik/Inhalte/Suchtarbeit</p>					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen					
Notizen:					

Antragsnummer:	PA017	eingereicht am:	28.10.12	eingereicht von:	DafL Oh
Antragstitel:				Antragsgruppe:	
Grundsatzposition zum Naturschutz im Bezirk Niederbayern				Umwelt- und Verbraucherschutz	
Antragstext:					
<p>Die Piratenpartei Niederbayern sieht im Ankauf schützenswerter Flächen, etwa Feuchtbiotope, Trockenwiesen und Hochmoore, und deren Betreuung gelebte Natur- und Landschaftspflege. Doch da seit der Reform der Naturschutzgesetze in Bayern die Bezirke nicht mehr für die Ausweisung von Naturschutzgebieten zuständig sind, sieht die Piratenpartei Niederbayern in der Schaffung von Naturparks ein geeignetes Instrument, Arten- und Biotopschutz der drohenden weiteren Zersiedelung und der Beschädigung durch Landwirtschaft und Verkehrsplanung entgegenzustellen. Hier kann der Bezirk federführend die Landkreise unterstützen und dabei auf eine angemessene Bürgerbeteiligung, die alle Interessen berücksichtigt, drängen. Analog zu den Naturparks sind auch die Kulturlandschaften der Region ein schützenswertes Gut.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>Antrag von Oberbayern übernommen. Siehe: https://wiki.piratenpartei.de/BY:Bezirksverband_Oberbayern/AG_Bezirkspolitik/Inhalte/Naturschutz</p>					
<p>Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen</p> <p>Notizen:</p>					

Antragsnummer:	PA018	eingereicht am:	28.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel: Umstellung auf die Doppelte Buchführung auf Bezirksebene				Antragsgruppe: Verwaltung	
Antragstext: Die Piratenpartei Niederbayern setzt sich dafür ein, auch auf Bezirksebene die Kameralistik zügig auf die transparentere doppelte Buchführung umzustellen, wo dies noch nicht geschehen ist. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Bewertungskriterien bayernweit einheitlich entwickelt, festgelegt und überprüft werden.					
Antragsbegründung: Antrag wurde teilweise von Oberbayern übernommen. Siehe: https://wiki.piratenpartei.de/BY:Bezirksverband_Oberbayern/AG_Bezirkspolitik/Inhalte/Finanzierung Ein ähnlicher Beschluss wurde am LPT in Straubing gefasst.					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:					

Antragsnummer: <i>PA019</i>	eingereicht am: <i>28.10.12</i>	eingereicht von: <i>DafLOh</i>
Antragstitel: Bekanntnis zur Stärkung des Bezirkstages und seiner Bedeutung in kultureller und föderaler Hinsicht		Antragsgruppe: <i>Demokratie</i>
Antragstext: <p>Die Bezirkstage sind in der Öffentlichkeit kaum präsent.</p> <p>Das ist einerseits unangemessen, denn sie haben als dritte kommunale Ebene Mitverantwortung oder gar Alleinverantwortung für wichtige Aufgaben etwa im Bereich der Sozialpolitik oder der Kulturpolitik, die die Finanzkraft oder das Weisungsgebiet der Städte oder Landkreise weit übersteigen, etwa die psychiatrische Versorgung oder die Unterstützung von Menschen mit Behinderung - Politikfelder, die in anderen Bundesländern von Verwaltungsorganen und/oder von Zweckverbänden bearbeitet werden.</p> <p>Andererseits ist es verständlich, denn das Themenfeld wie auch das damit verbundene, oft zeitintensive Ehrenamt lassen nur wenig Raum für presseintensive parteipolitische Profilierung. So arbeiten die Bezirkstage und ihre Mitglieder oft über Parteigrenzen hinweg fleißig im Verborgenen, wenngleich auch hier die tradierten Mehrheitsverhältnisse an vielen Stellen die allzuoft intransparente Entscheidungsfindung verkrustet haben.</p> <p>Die Piratenpartei Niederbayern begrüßt ausdrücklich, dass diese Aufgaben durch ein eigenes, demokratisch legitimates Gremium bearbeitet werden. Für sie ist der Bezirkstag nicht nur Teil der bayerischen Identität und der föderalen Tradition, sondern kann darüberhinaus den Kern von überregionaler Bürgernähe und transparenter Repräsentation darstellen - insbesondere vor dem Hintergrund des von ihnen unabhängigen und nur dem Willen der Landesregierung unterworfenen Verwaltungsapparates der Regierungsbezirke. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Bezirkstage zu stärken.</p>		
Antragsbegründung: <p>Antrag wurde von Oberbayern übernommen. Siehe: https://wiki.piratenpartei.de/BY:Bezirksverband_Oberbayern/AG_Bezirkspolitik/Inhalte/Grundverstaendnis</p>		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Antragsnummer: <i>PA020</i>	eingereicht am: <i>28.10.12</i>	eingereicht von: <i>DafLOh</i>
Antragstitel: Modernisierung der technischen Infrastruktur des Behördenfunks		Antragsgruppe: <i>Sicherheitspolitik</i>
Antragstext: Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass eine Positionierung zur Modernisierung der technischen Infrastruktur des Behördenfunks mit folgender Aussage stattfindet: Die Piratenpartei, Bezirksverband Niederbayern, spricht sich dafür aus, dass der bisherige analoge Behördenfunk (BOS-Funk), der von - Bundespolizei - Polizeien der Länder - Bundesanstalt Technisches Hilfswerk - Bundeszollverwaltung - kommunale Feuerwehren und Werkfeuerwehren - Katastrophenschutzbehörden sowie Katastrophenschutzorganisationen nach jeweiligem Landesrecht - Träger und Leistungserbringer des Rettungsdienstes - weitere durch BMI und BMF mit Sicherheits- und Vollzugsaufgaben beauftragte Behörden und Dienststellen, z.B. das Bundesamt für Güterverkehr und anderen genutzt wird, durch ein geeignetes digitales Nachfolgesystem ersetzt werden muss. Ein solches System kann TETRA (terrestrial trunked radio) sein. Digitaler BOS-Funk bietet Vorteile und Möglichkeiten, die mit dem herkömmlichen analogen System nicht abbildbar sind. Ein wichtiger Punkt ist die wesentlich höhere Abhörsicherheit (Verschlüsselung). Die Vergaberichtlinien und Standorte für Funkmasten sollen transparent gemacht werden. Von einer Gesundheitsgefährdung durch digitalen Behördenfunk ist nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht auszugehen.		
Antragsbegründung: Die Notwendigkeit moderner Kommunikationstechnik für Behörden muss anerkannt werden. Deutschland ist innerhalb Europas Nachzügler was die Umrüstung dieser Infrastruktur angeht. In Unterfranken fordern die Grünen ein "Tetrafunk-Moratorium": http://gruene-unterfranken.de/index.php?option=com_content&view=article&id=265:schrott-nicht-durch-schrott-ersetzen&catid=15:pressemitteilungen&Itemid=17 Die weitverbreiteten Vorurteile wie z. B. "...Der Hauptgrund aber ist die Angst vor Gesundheitsschäden. Die niedrig gepulste Strahlung, die bei dieser Technik zum Einsatz kommt, führe zu einer höheren Strahlenbelastung bei den Endgeräten im Vergleich zum bisherigen Analogfunk. ..." sollten nicht bestärkt werden.		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschieden Notizen:		

Antragsnummer: <i>PA021</i>	eingereicht am: <i>03.11.12</i>	eingereicht von: <i>Permeabel</i>
Antragstitel: Donauausbau, Befürwortung Variante A		Antragsgruppe: <i>Umwelt- und Verbraucherschutz</i>
Antragstext: <p>1. Der Bezirksparteitag möge beschließen: Der Donauausbau der Variante A, welcher von den Umweltverbänden als der einzig mögliche betrachtet wird befürwortet.</p>		
Antragsbegründung: <p>Es gibt höchst kontroverse Diskussionen über die Erforderlichkeit eines Donauausbaus. Das von der EU in Auftrag gegebene Gutachten, welches Grundlage für eine Entscheidung der bayerischen Staatsregierung sein wird wurde der Rhein Main Donau AG erteilt, die selbst mindestens die Variante C280 befürwortet. Allein die Vermischung von Interessen ist nicht geeignet, ein glaubwürdiges und befriedendes Ergebnis zu bringen. Daher sind vor einer unabhängigen Begutachtung keine weitgehenden Eingriffe in das unbestritten schützenswerte Ökosystem außer kleineren, den jetzigen Verkehrswegezustand erhaltenden Maßnahmen zu ergreifen.</p> <p>Dieser Antrag steht in Konkurrenz zu den drei weiteren, zum Donauausbau gestellten Anträgen.</p> <p>Infos zum Diskussionsstand: http://regiowiki.pnp.de/index.php/Donauausbau</p>		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Antragsnummer: <i>PA022</i>	eingereicht am: <i>03.11.12</i>	eingereicht von: <i>Permeabel</i>
Antragstitel: Donauausbau - Ablehnung jeglicher verändernder Eingriffe		Antragsgruppe: <i>Umwelt- und Verbraucherschutz</i>
Antragstext: Jeder Eingriff in das Ökosystem der Donau im Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen wird -von kleineren flußbaulichen Maßnahmen abgesehen - abgelehnt		
Antragsbegründung: Zum einen wird uns bei zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels ein postindustrielles Zeitalter bevorstehen, bei dem der Fokus auf Effizienz und Suffizienz gesetzt wird. Das bedeutet das man mit weniger Ressourcen mehr bewirken wird. Daher ist ein Ausbau unnötig. Nur flußbauliche Maßnahmen, welche den aktuellen Zustand sicher stellen, werden befürwortet. Dieser Antrag konkurriert mit den drei anderen zum Donauausbau gestellten Anträgen. Infos zum Diskussionsstand: http://regiowiki.pnp.de/index.php/Donauausbau		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Antragsnummer:	PA023	eingereicht am:	03.11.12	eingereicht von:	Permeabel
Antragstitel:				Antragsgruppe:	
Donauausbau - Befürwortung Variante C 280				Umwelt- und Verbraucherschutz	
Antragstext:					
<p>Der Bezirksparteitag möge den Donauausbau der Variante C 2,80, welcher der deutsche Wasserstraßen und Schifffahrtsverein als einen ökonomisch-ökologischer Kompromiss sieht, als Position beschließen.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>Die Donau ist von europäischer Bedeutung. Und nur wegen einer 69 Kilometer langen Engstelle kann der Fluss verkehrstechnisch nicht die Rolle spielen, die für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig wäre. In den nächsten Jahren wird sich der Verkehr massiv erhöhen (die bayerische Oberste Baubehörde hat jüngst in einer Prognose von einer Zunahme bis 2025 von 143 Prozent gesprochen). Werde die Donau nicht gemäß der C280-Variante ausgebaut, drohe der Kollaps auf der Straße, weil auch der Bahn-Transport an Grenzen stoße.</p> <p>„Derzeit kann die Donau von Frachtschiffen wegen der Engstelle im Schnitt nur 165 Tage im Jahr genutzt werden. Die großen Speditionen aber verlangen eine Nutzbarkeit an etwa 300 Tagen“, sagte Schwetz, der auch Leiter des Arbeitskreises Verkehr und Schifffahrt bei der Arbeitsgemeinschaft der Donauländer ist. Dafür sei eine Abladetiefe von mindestens 2,50 Meter notwendig. Das Argument der Die Binnenschifffahrt hätte enormes Potenzial - wenn endlich verlässliche Bedingungen hergestellt würden. Auch laut IHK muss die Donau ausgebaut werden, weil nur so der steigende Verkehr der Zukunft bewältigt werden könne, sagte IHK-Geschäftsführer Peter Sonnleitner. Zudem würde damit die Umwelt entlastet; immerhin transportiere ein Schiff so viel wie sonst 90 Lkw"</p> <p>Quelle: http://regiowiki.pnp.de/index.php/Donauausbau</p> <p>Dieser Antrag konkurriert mit den drei anderen Anträgen zum Donauausbau</p>					
<p>Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen</p> <p>Notizen:</p>					

Antragsnummer: <i>PA024</i>	eingereicht am: <i>03.11.12</i>	eingereicht von: <i>Permeabel</i>
Antragstitel: Donauausbau - Vernetzt begründete Position		Antragsgruppe: <i>Umwelt- und Verbraucherschutz</i>
Antragstext: <p>Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass über einen Donauausbau nicht nur unter rein wasserverkehrstechnischen und Umweltaspekten, sondern auch unter Einbeziehung der Entwicklungsfähigkeit von Straßen- und Schienennetzen sowie Veränderung von Konstruktionen bei den Donauschiffen erfolgen soll. Bis zu einer vernetzt erfolgten Klärung sprechen sich die niederbayerischen Piraten für die Variante A aus.</p>		
Antragsbegründung: <p>Bislang wurde immer nur der Aspekt der beschiffbaren Tage auf der Donau ins Verhältnis zu den hierfür erforderlichen Eingriffen in das Ökosystem gesetzt und diskutiert.</p> <p>Bislang nicht einbezogen wurden die beiden anderen Hauptverkehrsmittel Schiene und Straße. Zudem wurde nicht diskutiert, ob durch eine konstruktive Veränderung von Schiffen der Tiefgang zu vertretbaren Kosten die Diskussion um einige Varianten des Ausbaus erübrigt.</p> <p>Zudem gibt es höchst kontroverse Diskussionen über die Erforderlichkeit eines Donauausbaus. Das von der EU in Auftrag gegebene Gutachten, welches Grundlage für eine Entscheidung der bayerischen Staatsregierung sein wird wurde der Rhein Main Donau AG erteilt, die selbst mindestens die Variante C280 befürwortet. Allein die Vermischung von Interessen ist nicht geeignet, ein glaubwürdiges und befriedendes Ergebnis zu bringen.</p> <p>Daher sind vor einer unabhängigen Begutachtung und Einbeziehung o.g. ganzheitlicher Betrachtungsweise keine weitgehenden Eingriffe in das unbestritten schützenswerte Ökosystem außer kleineren, den jetzigen Verkehrswegezustand erhaltenden Maßnahmen zu ergreifen, sowie eine Begutachtung unter Einbeziehung aller, o.g. Aspekte einzuholen.</p> <p>Zum Diskussionsstand: http://regiowiki.pnp.de/index.php/Donauausbau</p> <p>Dieser Antrag steht in Konkurrenz zu den drei weiteren, zum Donauausbau gestellten Anträgen.</p>		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Satzungsänderungsanträge

Antragsnummer: SÄA001	eingereicht am: 04.10.12	eingereicht von: Kai Görg
Antragstitel: Satzungsänderungsantrag: Abwahlen und Nachwahlen von Vorstandsmitgliedern		Antragsgruppe: -
<p>Antragstext: Der Bezirksparteitag möge beschließen, folgende Paragraphen in die Satzung aufzunehmen:</p> <p>§ 9 Abs. 12: Der Bezirksparteitag kann auf Grundlage des § 27 Abs. 2 S. 1 BGB einzelne Mitglieder des Bezirksvorstands abwählen. Über die Behandlung des Abwahantrags wird ohne Aussprache in offener Abstimmung abgestimmt. Sofern sich eine einfache Mehrheit für eine Behandlung ausspricht, wird nach Aussprache eine Abwahl in geheimer Abstimmung durchgeführt. Das Mitglied gilt als abgewählt, wenn eine einfache Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Piraten für die Abwahl stimmt. Der Bezirksparteitag beschließt anschließend, ob die frei gewordene Position des abgewählten Vorstandsmitglied auf Grundlage des § 9 Abs. 13 neu besetzt wird.</p> <p>§ 9 Abs. 13: Für den Fall, dass eines oder mehrere Vorstandsmitglieder während ihrer Amtszeit zurücktreten oder die Berufung zum Vorstandsmitglied durch den Bezirksparteitag widerrufen wird, kann der Bezirksparteitag die frei gewordene Position durch Nachwahl bis zum Ende der regulären Amtszeit des bis zur Wahl verbliebenen Vorstands neu besetzen.</p>		
<p>Antragsbegründung: § 11 Abs. 1 PartG ist dahingehend auszulegen, dass eine Nachwahl nur dann möglich ist, wenn die Satzung dies explizit vorschreibt oder die gesetzliche Mindestzahl von drei Vorstandsmitgliedern unterschritten wird. Die gesetzliche Mindestzahl von drei Vorstandsmitgliedern soll einer undemokratischen Leitung der Partei entgegenwirken. Damit ist ein diktatorisches Führerprinzip ausgeschlossen und die innerparteiliche Demokratie dadurch gesichert, dass die Führungsfunktionen auf mehrere Schultern verteilt wird.</p> <p>Im Hinblick auf die kommenden Aufgaben des Bezirksvorstands scheint es sinnvoll, freigewordene Positionen eines vierten und fünften Vorstandsmitglieds neu zu besetzen. Eine formal korrekte Nachbesetzung erfordert eine entsprechende Regelung in der Satzung.</p> <p>Rechtsunsicherheit besteht, ob die Abwahl eines einzelnen Vorstandsmitglieds möglich ist, wenn die Satzung hierfür keine Regelungen enthält. Die eine Meinung ist der Auffassung, die Satzung müsse zwingend hierzu eine Regelung enthalten. Wendet man § 27 Abs. 2 S. 1 BGB welcher das Vereinsrecht regelt analog auf politische Parteien an, wäre eine solche Regelung entbehrlich.</p> <p>Hierzu ein paar Zitate aus dem Münchener Kommentar zum BGB: Wenn der Vorstand nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit hat, muss diese ihn vorzeitig ablösen können (konstruktives Misstrauensvotum). Es ist mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar, dass ein Interessenverband dauerhaft durch einen Vorstand repräsentiert wird, der nur noch von einer Minderheit gestützt wird. Der Widerruf vollzieht sich, soweit die Mitgliederversammlung oder ein sonstiges Kollektivorgan zuständig ist, durch Beschluss und Mitteilung an das betroffene Vorstandsmitglied. Der Amtsinhaber kann sich ohne ein mit der Mitgliedschaft verbundenes Geschäftsführungssonderrecht prinzipiell nicht gegen den Entzug des Amtes wehren. Auch satzungsmäßige Beschränkungen der Widerruflichkeit begünstigen ihn lediglich reflexartig, sie verleihen ihm angesichts ihres rein vereinsbezogenen Zwecks (Sicherung der Amtskontinuität vor zufälligen Mehrheiten) keine rechtlich geschützte Position. Der BGH hat folgerichtig entschieden, dass der Amtsinhaber vor dem Widerruf nicht einmal gehört zu werden braucht</p> <p>Demnach würde anstatt einer Abwahl ein einfacher Beschluss des BzPT ausreichen. Eine Ergänzung um ein vorgeschriebenes System in der Satzung erscheint daher notwendig.</p>		
<p>Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen</p> <p>Notizen:</p>		

Antragsnummer: SÄA002	eingereicht am: 20.10.12	eingereicht von: DafLOh
Antragstitel: Satzungsänderungsantrag Gliederungsgründung mit Zustimmung des BzV		Antragsgruppe: Verwaltung
Antragstext: Der Bezirksparteitag möge beschließen, unter § 7 Absatz 2 der Satzung folgende Ergänzung einzufügen: § 7 Abs. 2: Die Bildung einer Untergliederung bedarf einer Gründungsinitiative aus mindestens 15 stimmberechtigten Mitgliedern der Piratenpartei Deutschland mit Wohnsitz im jeweiligen Kreis bzw. in der jeweiligen Gemeinde oder alternativ der Zustimmung durch den Bezirksvorstand.		
Antragsbegründung: Diese Regelung erlaubt den Piraten im Bezirk Niederbayern eine höhere Flexibilität was die Möglichkeit der Bildung von Untergliederungen betrifft.		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Antragsnummer: SÄA003	eingereicht am: 20.10.12	eingereicht von: DafLOh
Antragstitel: SÄA zur Ermöglichung von landkreisübergreifenden Kreisverbänden		Antragsgruppe: Verwaltung
Antragstext: Der Bezirksparteitag möge beschließen, § 7 Absatz 1 der Satzung wie folgt abzuändern: § 7 Abs. 1: Im Bezirksverband können sich Kreis- oder Ortsverbände gliedern. Ein Kreis-/Ortsverband soll ein Gebiet umfassen, das deckungsgleich mit dem jeweiligen Kreis bzw. der jeweiligen Gemeinde ist. Mit der Zustimmung der betreffenden Mitglieder können auch landkreisübergreifende Kreisverbände gegründet werden.		
Antragsbegründung: Aufgrund der momentan noch geringen Mitgliederdichte und dem Wunsch der Basis Kreisverbände zu gründen, muss die Möglichkeit geschaffen werden auch landkreisübergreifende Kreisverbände bilden zu können. Diese Satzungsänderung schafft hierfür die Voraussetzungen.		
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen Notizen:		

Sonstige Anträge

Antragsnummer:	SA001	eingereicht am:	27.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel:				Antragsgruppe:	
Antrag auf öffentliche Kandidatenvorstellung und -befragung für Vorstandsämter auf Bezirksebene				-	
Antragstext:					
<p>Der Bezirksparteitag möge beschließen den Bezirksvorstand damit zu beauftragen, dass Kandidaten für Vorstandsämter im Bezirksverband die Möglichkeit eingeräumt wird, sich und ihre Ziele in angemessener Weise vorzustellen. Den Mitgliedern im Bezirk soll gleichsam die Möglichkeit gegeben werden die Kandidaten zu befragen. Die Vorstellung und Befragung soll mit angemessener Vorlaufzeit vor dem Bezirksparteitag durchgeführt werden, an welchem die Vorstandsämter zu besetzen sind. Dies kann beispielsweise mittels Mumble (vorzugsweise mit Telko-Brücke) geschehen. Es soll eine Aufzeichnung dieser Befragung zeitnah zugänglich gemacht werden.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>An Parteitag herrscht in der Regel Zeitmangel. Da das Personal in Vorstandsverantwortung wohlüberlegt ausgesucht werden soll, müssen den Piraten im Bezirk im Vorfeld des Parteitages so viele Möglichkeiten wie möglich zur Einschätzung der Kandidaten gegeben werden. Ebenso sollen die Kandidaten die Chance bekommen sich bestmöglich zu präsentieren.</p>					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschlossen					
Notizen:					

Antragsnummer:	SA002	eingereicht am:	28.10.12	eingereicht von:	DafLOh
Antragstitel:				Antragsgruppe: -	
Mögliche Moderation der niederbayerischen Mailinglisten und Förderung eines sachlichen Umgangs					
Antragstext:					
<p>Der Bezirksparteitag möge beschließen den Bezirksvorstand damit zu beauftragen, dass Lösungen zur Förderung eines sachlichen Umgangs auf den niederbayerischen Mailinglisten gefunden werden sollen. Ein möglicher Lösungsansatz ist ein stufenweises Warnsystem durch das ein mehrfach auffällig gewordener Nutzer verwarnet, gesperrt oder gelöscht werden kann. Diese Verwarnung, Sperrung oder Löschung muss durch Vorstandsbeschluss erfolgen. Eine Sperrung oder Verwarnung kann mit einer zeitlichen Begrenzung ihrer Wirksamkeit ausgesprochen werden. Den betreffenden Nutzern muss eine Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt werden. Diese soll nach Wunsch der Betroffenen nichtöffentlich oder öffentlich behandelt werden, beispielsweise im Rahmen des regelmäßigen Vorstandstreffens. Ein öffentlich zugängliches Dokument soll angefertigt werden, in dem Verhaltensregeln und Empfehlungen zur Art und Weise der Beteiligung für die niederbayerischen Mailinglisten festgehalten sind. Für den oben beschriebene Prozess ist der Inhalt des Dokuments maßgeblich. Die Erstellung des Dokuments kann vom Vorstand selbst oder durch einen Beauftragten erfolgen. In beiden Fällen soll es durch Vorstandsbeschluss legitimiert werden.</p>					
Antragsbegründung:					
<p>In den letzten Monaten wurde insbesondere auf der niederbayerischen Mailingliste vermehrt sachlicher Diskussion durch inakzeptable Äußerungen (Unterstellungen, Angriffe, etc.) geschadet. In vielen Diskussionen wurde angeregt, ein Instrumentarium zu schaffen, mithilfe dessen in solchen Fällen eingegriffen werden kann. Dieser Antrag soll ein mögliches System beschreiben und den Vorstand mit der Umsetzung beauftragen.</p>					
Entscheidung: <input type="checkbox"/> Stimme zu <input type="checkbox"/> Lehne ab <input type="checkbox"/> Unentschieden Notizen:					